

26.2.19

„Mehr Qualität, weniger Gebühren“

— 1 —

MT-Interview: Auf Dr. Franziska Giffey ruhen die Hoffnungen der kriselnden SPD. Die Familienministerin will die Situation in den Kitas verbessern. Sie tritt heute in Minden auf.

Von Ilja Regier

Minden (mt). Sie gilt als eine Hoffnungsträgerin der SPD und wurde jüngst mit dem Politik-Award als „Aufsteigerin des Jahres“ ausgezeichnet; Franziska Giffey spricht heute beim Jahresempfang der SPD Minden-Lübbecke ab 18 Uhr im Kulturzentrum BÜZ. Das Interesse ist groß, nach der Anmeldephase sind alle Plätze reserviert. Vor ihrem Auftritt äußert sich die Ministerin im MT-Interview zu hohen Kitagebühren, den geringen Frauenanteil in der Politik und zu ihrer angeblich unsaubereren Doktorarbeit.

Die maximale Kitagebühr, die in Minden derzeit fällig werden kann, liegt bei 436 Euro im Monat. Damit ist die Stadt, die sich als familienfreundlich bezeichnet, in NRW weit vorne bei den Gebühren dabei. Wie reagieren Sie auf den Unmut der Eltern, für die die Summe zu hoch ist?

Mir ist beides für die Verbesserung der Situation in den Kitas wichtig: Mehr Qualität und weniger Gebühren. Genau das fördern wir mit dem Gute-KiTa-Gesetz, das zum 1. Januar in Kraft getreten ist. 5,5 Mrd. Euro geben wir bis 2022 an die Länder. Allein nach NRW fließen mehr als 1,1 Milliarden Euro. Das Gesetz funktioniert wie ein Baukasten: Jedes Land kann entscheiden welche Verbesserungen am nötigsten sind – längere Öffnungszeiten, mehr Personal oder die Entlastung der Eltern bei den Gebühren. Zusätzlich müssen die Gebühren künftig gestaffelt werden. Menschen mit weniger Geld zahlen weniger. Und diejenigen, die Transferleistungen beziehen, zahlen künftig gar keine Gebühren mehr. Jedes Kind soll in die Kita gehen können, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Im Bundestag schrumpfte der Frauenanteil von 36 auf 31 Prozent. Im Mindener Stadtrat sind 20 der 60 Verordneten Frauen. Woran liegt das? Was muss sich ändern, damit Frauen nicht mehr in der Minderheit sind?

Diese Situation ist nicht zufriedenstellend – und das hundert Jahre, nachdem das Frauenwahlrecht eingeführt wurde. Von alleine wird das nicht besser werden. Alles, was es bis heute an Frauenrechten gibt, ist bisher erkämpft worden und nicht vom Himmel gefallen. Eine Wahlrechtsreform könnte ein gutes Mittel sein. Im Bundestag haben sich Frauen parteiübergreifend zusam-



Familienministerin Franziska Giffey (SPD) spricht im Bundestag. Heute ist sie beim SPD-Jahresempfang in Minden. Foto: Carsten Koall/dpa

men getan, um eine solche Reform auszuloten. Ich unterstütze diese Frauen ausdrücklich bei ihrer Arbeit.

Etwa jedes zweite Kind in Deutschland hat laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung Angst vor Armut. Wie erklären Sie sich das angesichts der stabilen wirtschaftlichen Lage? Wie kann Kinderarmut bekämpft werden?

Dafür haben wir das Starke-Familien-Gesetz auf den Weg gebracht. Wir erhöhen den Zuschlag zum Kindergeld, den Eltern beantragen können, die trotz Arbeit nicht genug im Geldbeutel haben. Zum ersten Mal sichern wir das Existenzminimum jedes einzelnen Kindes. Das ist ein riesen Schritt. Und alle,

die den Kinderzuschlag erhalten, bekommen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket: Kostenloses Mittagessen in Kita und Schule, kostenlose Schülerfahrkarte, Schulstarterpaket und Lernförderung – das gilt auch für die Kinder im Sozialleistungsbezug. Außerdem wird im Juli das Kindergeld erhöht. Darauf aufbauend soll eine Kindergrundsicherung entwickelt werden, die die familienpolitischen Leistungen bündelt und für alle Kinder einfacher macht.

Die SPD hat kürzlich mehrere sozialpolitische Pläne vorgestellt und sich in den Umfragewerten leicht verbessert. Welchen Weg muss Ihre Partei nehmen, um aus der Krise herauszukommen?

Zur Person

- Dr. Franziska Giffey wurde 1978 in Frankfurt/Oder geboren. Sie ist verheiratet und hat einen Sohn.
- Seit März 2018 ist sie Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zuvor war sie in Berlin Neuköllner Bezirksbürgermeisterin.
- Sie promovierte zum Thema „Europas Weg zum Bürger – Die Politik der Europäischen Kommission zur Beteiligung der Zivilgesellschaft“ am Beispiel von Berlin-Neukölln.
- Giffey brach ein Lehramtsstudium ab und studierte dann Verwaltungsrecht sowie Europäisches Verwaltungsmanagement.
- Von 2010 bis 2015 war sie Neuköllner Bezirksstadträtin. (ire)

Es ist genau der Weg, den ich gerade am Beispiel Kinderarmut beschrieben habe. Jetzt gute Arbeit machen, Gesetze auf den Weg bringen, die das Leben der Menschen spürbar besser machen. Und gleichzeitig klar machen, was SPD pur ist, wie unsere Vorstellungen für Deutschland in zehn, zwanzig Jahren aussehen. Das haben wir mit unseren Beschlüssen zur Zukunft des Sozialstaates gemacht. Die SPD ist die Partei der Arbeitenden. Wir müssen für diejenigen eintreten, die jeden Tag aufstehen und sich für diese Gesellschaft ins Zeug legen.

Sie sollen Teile Ihrer Doktorarbeit abgeschrieben haben. Warum droht Ihnen kein ähnliches Schicksal wie Karl-Theodor zu Guttenberg?

Ich habe diese Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen vor zehn Jahren an der Freien Universität Berlin geschrieben. Nach den von einer Internetplattform erhobenen Vorwürfen habe ich die Universität gebeten, die Arbeit zu prüfen. Das Ergebnis ist jetzt abzuwarten.

Der Autor ist erreichbar
unter (05 71) 88 22 60
oder Ilja.Regier@MT.de